

# ParlamentarierInnen im Nord-Süd Dialog



## Inhalt

No. 26 / März 2013

- 1 Millennium-Entwicklungsziele – Fortschritte und Herausforderungen am Beispiel Mosambiks
- 3 Projektpartnerschaft: Erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Assembleia in Maputo
- 4 Zurück zum Start? Anmerkungen zu EZA-Trends aus frauenpolitischer Sicht  
Gastbeitrag von Claudia Thallmayer, Women in Development Europe (WIDE)
- 5 AWEPA Sektion Österreich – Vortrag von Parlamentarierinnen zu sexuellen und reproduktiven Rechten von Frauen
- 6 Parlamentarische Aktivitäten für die Region des Tschad-Beckens  
Beitrag von Wolfgang Pirkhuber, AWEPA Senior Parliamentary Advisor für das MDG Programm
- 7 20 Jahre FAIRTRADE® Österreich – Zusammenarbeit auf Augenhöhe  
Gastbeitrag von Daniel Willinger, FAIRTRADE® Österreich
- 8 Zahlen, Fakten, Hintergründe

Bei einem Besuch im mosambikanischen Parlament zeigten die SchülerInnen der Manyanga Secondary School großes Interesse an den verschiedenen Aufgaben und Arbeitsbereichen. Der Frauenanteil im mosambikanischen Parlament liegt aktuell bei 30 %, einem international sehr hohen Wert.

### Millennium-Entwicklungsziele – Fortschritte und Herausforderungen am Beispiel Mosambiks

Im September 2000 formulierten und adoptierten 147 Staaten die Millennium Development Goals (MDGs) der Vereinten Nationen. Die MDGs bieten einen Rahmen zur Bemessung und Evaluierung des Entwicklungsstands und -fortschritts einzelner Staaten im Zeitraum

zwischen 1990 und 2015 und sind ein Katalog grundsätzlicher Zielsetzungen in acht verschiedenen Bereichen (siehe Kasten). Auch Mosambik hat sich dazu verpflichtet, die MDGs zu erreichen. Mosambik ist eines der ärmsten Länder der Welt. Zwar erlebte es gemessen am BIP in den letzten Jahren ein enormes wirtschaftliches Wachstum, die extreme Armut weiter Bevölkerungsgruppen konnte jedoch nicht maßgeblich reduziert wer-

## Editorial



**Sehr geehrte Frau Abgeordnete,  
sehr geehrter Herr Abgeordneter,**

die österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) unterstützt Länder in Afrika, Asien, Zentralamerika sowie in Südost- und Osteuropa seit Jahrzehnten bei ihrer nachhaltigen sozialen, wirtschaftlichen und demokratischen Entwicklung. Sie orientiert sich dabei an den Millennium-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen, die bis zum Jahr 2015 konkrete Ziele im Bereich der Armutsbekämpfung, der Bildung, der Gendergerechtigkeit, der Kinder- und Müttersterblichkeit, der Bekämpfung von schweren Krankheiten und der Sicherung von ökologischer Nachhaltigkeit vorgeben. Leider werden bis dahin nicht alle dieser Ziele erreicht werden, obwohl es prinzipiell möglich gewesen wäre.

Umso wichtiger ist es, sich jetzt schon über die Zeit nach 2015 Gedanken zu machen:

- Welche Ziele will sich die internationale Gemeinschaft selbst stecken, und wie werden wir diese Ziele schließlich umsetzen?
- Wie können wir eine globale Partnerschaft für Entwicklung aufbauen, in der wir gemeinsam mit allen relevanten Akteuren nach den besten Lösungen suchen?
- Welche Politikfeldern müssen wir noch viel stärker auf ihre Auswirkungen auf die Länder des Südens untersuchen und unser Handeln im Sinne einer nachhaltigen globalen Entwicklung ändern?

Österreich hat hier Verantwortung zu tragen – lassen Sie uns auf all diese Fragen gemeinsam Antworten finden.

Mit besten Grüßen,  
Judith Schwentner

den. Im Jahr 2010 lebten immer noch die Hälfte aller MosambikanerInnen unter der Armutsgrenze (1,25 US\$/Tag; Weltbank). Auch in anderen Bereichen der MDGs ist das Land von einer Zielerreichung weit entfernt. Dennoch konnten Erfolge erzielt werden.

### Armut, HIV-Aids und Malaria

Ausgehend von einer extrem hohen **Armutsrate** Ende des Bürgerkriegs 1992 hat sich diese bis 2009 **um etwa 25 % reduziert**, jedoch gab es im **Zeitraum zwischen 2003 und 2009 keine statistisch signifikante Veränderung der Rate** mehr. Dies lässt es äußerst fragwürdig erscheinen, ob das Ziel, Armut um die Hälfte (ausgehend von 1990) zu reduzieren, bis 2015 erreicht werden kann. Ein Grund für den langsamen Rückgang der Armutsrate sind u. a. auftretende Naturkatastrophen. In Mosambik treten durchschnittlich 0,31 Dürren und 0,62 Fluten im Jahr auf und es ist zudem eines der weltweit vom Klimawandel am meisten betroffenen Länder. Dies hat in einem Staat, in welchem über 80 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind, besonders gravierende Auswirkungen. Auch die **hohe HIV/Aids Rate** (11,5 % der 15 bis 49 jährigen Bevölkerung im Jahr 2009) stellt ein Problem bei der Armutsbekämpfung und somit eine große Herausforderung bei der Entwicklung Mosambiks dar. Der Anstieg der Rate zwischen 1997 und 2008 betrug 3 %. Einen universellen Zugang zur Behandlung für alle HIV/Aids Erkrankten wurde bis 2010 noch nicht erreicht. Hier müssen besonders die **regionalen Zugangungleichheiten reduziert werden**. Vor allem im Norden Mosambiks ist der Zugang sehr limitiert.

Bei der **Bekämpfung von Malaria** hingegen hat die Stärkung der Diagnose- und Behandlungskapazitäten durch Schnelltests und gezielte Schulungen des Klinikpersonals **große Fortschritte** erreicht. Dies ist besonders positiv, da Malaria nach wie vor ein großes Gesundheitsproblem darstellt und besonders Schwangere und unter Fünfjährige trifft. Für deren frühzeitigen Tod ist fast in jedem zweiten Fall die Malaria verantwortlich. Als besonders effektiv erweist sich hierbei neben Impfungen der Einsatz von Moskitonetzen. Der Anteil der unter Fünfjährigen, welche unter Moskitonetzen schlafen ist von 10 % in 2003 auf 42 % in 2008 gestiegen und mit ein Grund, warum die Kindersterblichkeitsrate in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich abnahm.

### Gleichstellung der Geschlechter

Weitere **Erfolge sind bei der Gleichstellung der Geschlechter zu beobachten**. Ein Beispiel bietet der Bereich des Volksschulwesens. Wenn man davon ausgeht, dass sich die vergangene Entwicklung des Verhältnisses zwischen Jungen und Mädchen von 1997 bis 2010 fortsetzt, ist zu erwarten, dass annähernd ein Mädchen (0,97) für jeden Jungen eine Volksschulbildung genießt. Im Allgemeinen existieren in Mosambik gute politische, legale und institutionelle Voraussetzungen, um die Gleichstellung der Geschlechter voranzutreiben. Gerade in wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Bereichen gibt es jedoch noch enorme Unterschiede zwischen Männern und Frauen.

### Zukunft nach 2015

Einer der wichtigsten Ergebnisse der UN-Konferenz für nachhaltige Ent-

#### Millennium Development Goals

**ZIEL 1:** Bekämpfung der extremen Armut und des Hungers

**ZIEL 2:** Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung

**ZIEL 3:** Förderung der Gleichheit der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen

**ZIEL 4:** Senkung der Kindersterblichkeit

**ZIEL 5:** Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern

**ZIEL 6:** Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten

**ZIEL 7:** Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

**ZIEL 8:** Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

wicklung in Rio 2012 war es, dass sich die teilnehmenden Regierungen verpflichtet haben, **gemeinsame Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs)** zu formu-

lieren. Diese sollen nach Ablauf der MDGs im Jahr 2015 in Kraft treten. Sie sollen aber, im Gegensatz zu den MDGs, für alle Staaten gelten, also nicht nur für Entwicklungsländer. Die

Idee der SDGs basiert auf den MDGs. Ob sie erfolgreicher sein werden als die MDGs hängt nicht zuletzt vom politischen Willen der EntscheidungsträgerInnen der teilnehmenden Staaten ab.

Quellen:  
UNDP (2012), MDG Development Report 2012  
UNDP (2010), Report on the Millennium Development Goals: Republic of Mozambique 2010

## PROJEKTPARTNERSCHAFT

### Erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Assembleia in Maputo

Von Mitte bis Ende Februar fanden unter Beteiligung von MitarbeiterInnen des österreichischen und portugiesischen Parlaments Workshops im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und IT im mosambikanischen Partnerparlament statt. Die Resultate sind ein maßgeschneidertes Konzept für „Guided Tours for Children“ sowie ein Aktivitätenplan für 2013 zur Implementierung der im Vorjahr im Rahmen des Nord-Süd Dialogs erstellten ICT Strategie.

Die Öffnung des Parlaments vor allem für Kinder und Jugendliche ist das große Anliegen der mosambikanischen Partner. Informationen, wie das österreichische Parlament dies geschafft hat, haben die KollegInnen der PR-Abteilung bei vorangegangenen Workshops in Maputo und Wien bereits erhalten. Im aktuellen Workshop ging es jedoch darum, konkrete Abläufe und Inhalte auszuarbeiten, die eine Verwirklichung der erwünschten Öffnung auch in der Assembleia in Maputo ermöglichen. Basierend auf dem **gemeinsam ausgearbeiteten Manual** sollen ab diesem Jahr nun **speziell für Kinder adaptierte geführte Touren angeboten werden**, die es den mosambikanischen SchülerInnen ermöglichen, mehr über das Parlament, seine Aufgaben und seine Abgeordneten zu erfahren. Für die **Implementierung der IT Strategie** konnte das **portugie-**

**sische Parlament als Kooperationspartner** gewonnen werden. Bereits im Dezember unterzeichnete Projektleiterin Jutta Kepplinger ein entsprechendes **MoU** mit dem **stellvertretenden Parlamentsdirektor José Manuel Araújo**. Die Mission im Februar war der Auftakt zu zwei weiteren ExperInneneinsätzen der KollegInnen aus Portugal in den kommenden Monaten. Ziel des Besuchs des Experten bei diesem Workshop war u.a. die Erstellung einer Aktivitätenliste für 2013. Als nächster Schritt ist der Ankauf von Software und IT-Tools vorgesehen, die durch Eigenmittel des mosambikanischen Parlaments finanziert werden. Im Juni werden die ExpertInnen aus Portugal im Rahmen eines „On-the-Job-Trainings“ gemeinsam mit den mosambikanischen KollegInnen die neuen Server installieren. Der große Vorteil ist, dass die Trainings direkt in Portu-



Foto 1:  
Thomas Holzinger und Esther Deutsch am Ende der „Probeführung“ mit SchülerInnen der Manyanga Secondary School.

giesisch, der Amtssprache Mosambiks, abgehalten werden können. Schritt für Schritt soll das Partnerparlament so an die modernen IT-Standards angepasst werden, die ein Parlament benötigt, um seinen Aufgaben gerecht zu werden.



Foto 2: João Viegas und Jutta Kepplinger präsentieren dem zuständigen 2. Parlamentspräsidenten Lucas Chomera den gemeinsam mit der IT Abteilung im Workshop erarbeiteten Implementierungsplan für 2013.



Foto 3: José Manuel Araújo (stellvertretender Parlamentsdirektor), Ana Leal (2. stellvertretende Parlamentsdirektorin) und Jutta Kepplinger (Parlamentarischer Nord-Süd Dialog) bei der Unterzeichnung des MoU.



# Zurück zum Start? Anmerkungen zu EZA-Trends aus frauenpolitischer Sicht

Gastbeitrag von Claudia Thallmayer, Women in Development Europe (WIDE)

Frauenförderung & Gender-Mainstreaming wurde in den letzten 20 Jahren weithin als elementar anerkannt, um Frauen als strukturell benachteiligte Gruppe zu erreichen und entwicklungspolitische Fortschritte dauerhaft umzusetzen. Die österreichische Bundesregierung hat sich im Bundesfinanzgesetz 2013 – in dem erstmals das Instrument des „Gender Budgeting“ eingesetzt wurde – ein hohes Ziel gesetzt: 75 % aller ADA-Mittelflüsse sollen gendersensibel gestaltet sein, d.h. entweder Frauenförderung als primäres oder als signifikantes sekundäres Ziel beinhalten. Wie sieht demgegenüber die Realität aus?

Tatsächlich wurde diese hohe Quote 2008 schon einmal (mit 73 % gendersensibel ausgestalteten ADA-Programmen) fast erreicht. Doch seither gibt es einen massiven Abwärtstrend (auf 53 % 2011), der das Gender-Mainstreaming betrifft. Während die direkte Frauenförderung beträchtlichen jährlichen Schwankungen unterliegt – vermutlich aufgrund ihres geringen Volumens –, aber seit 2004 leicht zugenommen hat, ist die Umsetzung von „Gender-Mainstreaming“ in den letzten Jahren massiv rückläufig. So fielen die neu zugesagten gendersensiblen ADA-Mittel (Gender Equality Marker 1 und 2) zwischen

*„Das Konzept des Gender-Mainstreaming (braucht) möglicherweise keine Lobbyarbeit mehr, seine praktische Umsetzung aber sehr wohl“, lautet eine Schlussfolgerung in der 2012 durchgeführten Evaluierung der Gender-Politik der Austrian Development Agency (ADA).*

2008 und 2011 um die Hälfte (von 80 Mio. auf 40 Mio. EUR)! Diese Abnahme ist einerseits durch die generelle Kürzung von EZA-Mitteln bedingt. Sie fällt aber im Bereich des Gender-Mainstreaming überdurchschnittlich hoch aus (von 67 % auf 47 %).

Das aktuelle Strategiedokument der Regierung – das „Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2013–2015“, beschlossen im Dezember 2012 – gibt leider keinen klaren Hinweis darauf, wie sich dieser Trend ändern soll. Gleichstellung und Empowerment von Frauen wird zwar

als Querschnittsmaterie erwähnt, bleibt aber weitgehend – mit Ausnahme des Bereichs „Frieden und Sicherheit“ – ohne Anbindung an Umsetzungsstrategien. Genau das war in der Evaluierung der ADA-Gender-Politik allerdings eingefordert worden. Somit bleibt es weiterhin dem „good will“ der ADA bzw. den Koordinationsbüros überlassen, ob und in welcher Weise Frauen als Akteurinnen von „Entwicklung“ angesprochen werden, und ob Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern thematisiert werden oder ausgeklammert bleiben.

Hingegen wurde „Wirtschaft und Entwicklung“ zu einem neuen thematischen Schwerpunkt, in dem etwa Investitions Garantien für österreichische Unternehmen durch OeKB (Österreichische Kontrollbank) und AWS (Austria Wirtschaftsservice) erwähnt werden, nicht jedoch Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen. Mit dieser Ausrichtung steht Österreich allerdings nicht allein da, sondern kann sich auf die Ergebnisse der letzten OECD High Level Konferenz zu „Aid Effectiveness“ in Busan berufen, in der zu den „emerging donors“ nicht nur die Schwellenländer, sondern auch „Unternehmen“ gezählt wurden. Die Politik erhofft sich damit, sinkende öffentliche Ausgaben

GENDER EQUALITY / MITTEL DER AUSTRIAN DEVELOPMENT AGENCY (ZUSAGEN IN MIO. EUR UND PROZENT)								
GENDER EQUALITY MARKER	2007		2008		2009		2010	
	ZUSAGEN IN MIO. EUR	IN %	ZUSAGEN IN MIO. EUR	IN %	ZUSAGEN IN MIO. EUR	IN %	ZUSAGEN IN MIO. EUR	IN %
Spezifisch (Marker 2)	12,01	11	6,24	6	5,12	5	9,49	10
Integriert (Marker 1)	58,37	55	74,08	67	65,55	67	41,25	45
GESAMT (1+2)	70,38	66	80,32	73	70,67	72	50,74	55
GESAMT OEZA/ADA	105,91	100	109,60	100	97,90	100	91,82	100

Quelle: OEZA: Bericht 2009<sup>2</sup> und 2010<sup>3</sup> (eigene Rundungen bei den Prozentangaben)

für EZA kaschieren zu können, aber die politischen Folgen dieses Trends sind bedenklich. Denn mit der Andienung an Unternehmen und Konzerne schwindet das Potential von kritischen entwicklungspolitischen Diskursen, die auf Missstände und globale Machtverhältnisse aufmerksam machen, ebenso wie von entwicklungspolitischen Praktiken, die auf politische Teilhabe marginalisierter Bevölkerungsgruppen abzielen und kleinräumige, ökologisch nachhaltige Wirtschaftsansätze mit würdigen Arbeitsbedingungen, ausreichendem Einkommen und Zugang zu Sozialleistungen fördern.

Anders als „Wirtschaft und Entwicklung“ hat es die Frauenförderung also nicht geschafft, zu einem Schwerpunkt der österreichischen Entwicklungspolitik zu werden. Nur: Mit welcher Legitimation und Stärke wird Österreich auf dem internationalen Parkett dafür eintreten können, um – auch das steht im Dreijahresprogramm – Geschlechtergleichstellung in die „Sustainable Development Goals“ hineinzureklamieren?

Also: Zurück zum Start? Nicht ganz, aber eine grundsätzliche Debatte darüber, warum es auch heute Frauenförderung und „Gender Mainstreaming“ als

Ansätze für ein Mehr an Gleichberechtigung und zur Überwindung von Armut braucht, scheint doch nötig zu sein.

Zum Weiterlesen:

<http://www.wide-netzwerk.at/images/publikationen/2012/wide-fact-sheet-frauen-in-der-eza.pdf>

[http://www.entwicklung.at/uploads/media/Executive\\_Summary\\_Deutsch.pdf](http://www.entwicklung.at/uploads/media/Executive_Summary_Deutsch.pdf)

## Aktivitäten der AWEPA Sektion Österreich

### ParlamentarierInnen für sexuelle und reproduktive Rechte

Ein Erfahrungsbericht zu einer Studienreise nach Südafrika und Swasiland

Am 26. Februar 2013 haben anlässlich des **Internationalen Frauentages (jährlich am 8. März)** die Abgeordnete und AWEPA-Vorsitzende Petra Bayr und die Abgeordnete und AWEPA Mitglied Silvia Fuhrmann in einem **Vortrag über ihre Studienreise mit dem EPF (European Parliamentary Forum on Population and Development) nach Swasiland und Südafrika** im November vergangenen Jahres berichtet. Die 9-köpfige Delegation aus Österreich, Belgien, Finnland, Russland, Spanien und der Türkei machte sich dabei ein Bild von der Lage des Gesundheitswesens in Swasiland, im Speziellen zu den Herausforderungen in Bezug auf dem Kampf gegen HIV/Aids, Verbesserungen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der BürgerInnenrechte im Zusammenhang mit universeller Gesundheitsversorgung und sozialer Absicherung.

Die Delegation besuchte zahlreiche Kliniken, Projekte und ländliche Gemeinschaften und wurde mit zahlrei-

chen erschütternden Fakten (bspw. sind 46 % der Frauen im gebärfähigen Alter HIV-positiv und es gibt 70.000 Aids-Waisen bei einer Bevölkerung von 1,2 Millionen), aber auch mit Initiativen (inter-)nationaler NGOs und lokaler Selbsthilfe konfrontiert. Den Abschluss der Studienreise bildeten die Feierlichkeiten zum **60. Geburtstag der International Planned Parenthood Federation** in Johannesburg.

Mit dem Vortrag wollten die Abgeordneten vor allem auf die Lage der Frauen im Südlichen Afrika aufmerksam machen, aber auch Möglichkeiten aufzeigen, wie auf parlamentarischer Ebene interveniert werden kann. In diesem Zusammenhang erging eine Einladung an alle Abgeordneten im österreichischen Parlament, der parteiübergreifenden ParlamentarierInnenengruppe zur reproduktiven Gesundheit beizutreten.



Abg. und AWEPA Vorsitzende Petra Bayr und Abg. und AWEPA Mitglied Silvia Fuhrmann beim Vortrag

# Parlamentarische Aktivitäten für die Region des Tschad-Beckens

Beitrag von Wolfgang Pirkhuber, AWEPA Senior Parliamentary Advisor für das MDG Programm

Das Programm der gemeinsamen regionalen Konferenz (18. bis 20. Februar 2013) von AWEPA und CEMAC (Economic and Monetary Community of Central Africa) erlaubte den europäischen AWEPA-Abgeordneten Wolfgang Pirkhuber (Österreich) und Senator Josep Maldonado i Gili (Spanien) einen vertieften Einblick in die Lebensbedingungen der Menschen in der Region rund um den Tschad-See. Die dreitägige Konferenz umfasste neben einem Exkursionstag zu einer Dorfgemeinschaft zwei Seminartage mit Hintergrund-Informationen, Diskussionen und konkreten Beratungen über aktuelle und weitere politische Projekte und Maßnahmen zum Schutz des Tschad-Sees und zur Entwicklung der Region bzw. deren Integration in den regionalen Entwicklungsplan der CEMAC. Die Konferenz ist die Fortsetzung zur Veranstaltung vor einem Jahr in Malabo (Äquatorial Guinea), welche sich ausgiebig mit dem Problem des Tschadsees in ökologischer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht beschäftigt hatte. Die Fläche des Sees ging innerhalb von wenigen Jahrzehnten von



einer ursprünglichen Größe von 29 000 km<sup>2</sup> auf die heutige Ausdehnung von nur mehr 1500 km<sup>2</sup> zurück. Es steht einigermassen gesichert fest, dass sowohl der Klimawandel als auch die Art der Nutzung der Ressourcen (Wasser, Land, Holz, Überweidung, etc.) Anteil an dieser Entwicklung haben.

## Exkursion nach Kinasserom

Auf Zillen fuhrn wir zu Beginn durch Kanäle zwischen verlandeten Sandbänken. Dichte Vegetation der eingeschleppten Pflanzenarten sind Zeugen der Veränderung des Ökosystems. Die Wassertiefe in diesem Gebiet beträgt nur mehr zwischen 4-6 m. Auf der Insel Kinasserom wurden wir von der Dorfgemeinschaft empfangen. Nach der Begrüßung durch den lokalen Gouverneur Me Adoum Dangai Nokour Guet diskutierten wir mit den anwesenden Fischern und Landwirten. Wiederholt wurde der Wunsch geäußert, dass der Wasserstand des Sees wieder ansteigen solle, denn dann würde sich auch die Fischpopulation wieder erholen! Da es keine Lautsprecheranlage gab konnten viele anwesenden DorfbewohnerInnen der Diskussion leider nicht folgen.

## Seminar in N'Djamena

Nach den Eröffnungsreden durch den Vize-Präsidenten des CEMAC-Parlaments, Albert Pahimi Padackert, und politischen Repräsentanten des Tschad erhielten wir umfangreiche Informationen über die wirtschaftlichen, finanziellen und regionalpolitischen Fakten betreffend der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten des Beckens rund um den Tschad-See, bevölkert von etwa 30 Millionen Menschen. Ebenfalls anwesend waren Fischer, Viehzüchter und Landwirte aus der Region, die ihre aktuellen Probleme und Anliegen erläuterten. Darüber hinaus wurde auch das Projekt der Umleitung des Flusses Oubangui – über mehr als tausend Kilometer – zur Hebung des Wasserspiegels des Tschad-Sees vorgestellt und diskutiert. In persönlichen Gesprächen konnte ich mich mit den Abgeordneten von CEMAC und Beratern davon überzeugen, dass dieses Projekt als nicht sehr realistisch eingeschätzt wird. Sowohl die ParlamentarierInnen als auch die VertreterInnen der ländlichen Gemeinden waren mehr an konkreten Schritten interessiert, die die Lebensumstände vor Ort unmittelbar verbessern würden.

Foto 1 oben:  
Zillen – einfach konstruierte, flachbodige Boote – sind ein gängiges Verkehrsmittel auf den Tschadsee.

Foto 2: Der Fischfang ist bedeutender Wirtschaftszweig und Nahrungsmittellieferant für die ansässige Bevölkerung.

Foto 3:  
Die TeilnehmerInnen an der dreitägigen Konferenz von AWEPA (European Parliamentarians with Africa) und CEMAC (Economic and Monetary Community of Central Africa) am Tschadsee.

Fotos: Wolfgang Pirkhuber





# 20 Jahre FAIRTRADE® Österreich – Zusammenarbeit auf Augenhöhe



Was 1993 mit einer Menge Engagement der wichtigsten Akteure im Fairen Handel und dem Kaffee begann, ist heute mit einem Bekanntheitsgrade von 85 % das bekannteste Zeichen für fairen Handel in Österreich.

Gastbeitrag von Daniel Willinger, FAIRTRADE® Österreich

Seit nunmehr 20 Jahren setzt sich FAIRTRADE® Österreich für gerechte Arbeits- und Handelsbedingungen ein. Heute können die KonsumentInnen aus einer breiten Palette von über 750 FAIRTRADE®-Produkten wählen, die in 5000 Verkaufsstellen in ganz Österreich angeboten werden. Mittlerweile profitieren direkt über 1,2 Millionen Kleinbäuerinnen, -bauern und ArbeiterInnen und insgesamt 7,5 Millionen Menschen in 66 Ländern von den Vorteilen des fairen Handels. Durch die Festlegung von Mindestpreisen sind diese nicht länger den Schwankungen der Weltmarktpreise ausgesetzt, wodurch eine nachhaltige Produktion und Entwicklung garantiert werden können.

Eines der wichtigsten Instrumente von FAIRTRADE® ist die ausbezahlte FAIRTRADE®-Prämie für Investitionen in die soziale und wirtschaftliche Entwicklung, die das FAIRTRADE®-Gütesiegel als einziges Label verbindlich festlegt. Die Prämie fließt direkt von jedem Einkauf auf ein separates Prämienkonto der jeweiligen Produzentenorganisation. Kleinbauernfamilien und ArbeiterInnen auf Plantagen oder Blumenfarmen entscheiden dann selbständig und demokratisch darüber, welche Projekte sie mit der Prämie realisieren möchten und setzen dabei die Prioritäten selber. Dadurch gingen seit 1993 durch den Verkauf in Österreich 140 Mio. USD an die Produzentenorganisationen im Süden.

Im Zuge des 20-jährigen Jubiläums legt FAIRTRADE® Österreich den Fokus auf die speziellen Bedingungen in

den verschiedenen Produktionsregionen. Den Anfang macht Afrika. 2011 profitierten 736.900 kleinbäuerliche ProduzentInnen und LohnarbeiterInnen in Afrika von FAIRTRADE®, was rund 60 % aller Bäuerinnen, Bauern und LohnarbeiterInnen im globalen FAIRTRADE®-Netzwerk ausmacht. Der Frauenanteil lag in Afrika 2011 bei Lohnarbeit im FAIRTRADE®-Netzwerk bei 41 %, bei den Kleinbauernkooperativen bei 20 %. Diese vergleichsweise geringen Zahlen täuschen etwas über die Tatsache hinweg, dass auf dem Kontinent 90 % der Grundnahrungsmittel und über 30 % der Marktfrüchte von Frauen produziert werden. Obwohl die landwirtschaftliche Produktion und Ernährungssicherheit in Afrika heute mehr denn je in Frauenhand liegt, sind Frauen gesellschaftlich ausgegrenzt und rechtlich, agrarpolitisch und soziokulturell benachteiligt. Ihre Möglichkeiten, Land zu kaufen, zu verkaufen oder zu erben, sind ebenso eingeschränkt wie ein Konto zu eröffnen, Geld zu leihen oder die Ernte am Markt zu verkaufen. Hier leistet FAIRTRADE® durch seine einheitlichen Standards einen Beitrag, um gegen die Benachteiligung von Frauen anzukämpfen.

Dass FAIRTRADE® unmittelbar zu der Verbesserung der Lebensbedingungen von Bäuerinnen und Bauern beiträgt, zeigt eine 2012 von FAIRTRADE® International veröffentlichte Studie über die Wirkung von FAIRTRADE® in der Baumwollproduktion. Diese ergab, dass der FAIRTRADE®-Mindestpreis für Baumwolle in Mali mit bis zu 49 %, in Senegal und Kamerun sogar

mit bis zu 78 % deutlich höher als der nationale Marktpreis liegt. Die in den FAIRTRADE®-Standards verankerte Forderung, dass das Geld für ihre Baumwolle auch an Frauen direkt ausbezahlt werden muss, führte außerdem zu einem Zuwachs weiblicher Kooperativenmitglieder, die so selbstbestimmt über die Verwendung des Haushaltseinkommen entscheiden können.

Foto: Baumwollproduzentin im Senegal

Foto: Stefan Lechner, FAIRTRADE® Österreich



Umsatzentwicklung nach Produktgruppen 2002-2012

## ZAHLEN / FAKTEN / HINTERGRÜNDE

### FRAUEN ALS TREIBENDE KRAFT DER AFRIKANISCHEN WIRTSCHAFT

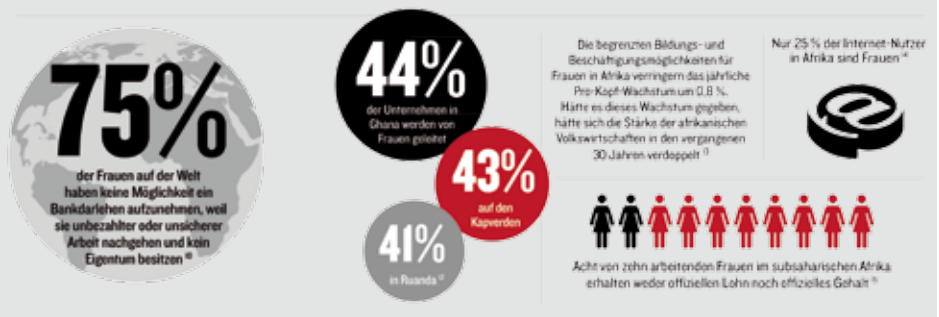
Obwohl die Arbeit der Frauen einer der wichtigsten Motoren für das wirtschaftliche Wachstum Afrikas ist (sie leiten schätzungsweise 48 % der kleinen und mittleren Betriebe und bauen ca. 80 % der Nahrungsmittel an), werden ihnen große Hindernisse in den Weg gelegt, wenn es um Zugang zu Bildung, Eigentum, Krediten und Finanzdienstleistungen geht.

Um einen Weg aus der Armut zu finden, brauchen afrikanische Familien, und da vor allem die Frauen, wirtschaftliche Chancen. Nur so können sie die Einkommen generieren, die sie benötigen, um unabhängig zu sein.

Quelle: Afrikas Zukunft ist weiblich.  
Hg. ONE (<http://www.one.org/c/de/brennpunkte/3814/>)



## Eine Zukunft in Wohlstand



## Veranstaltungshinweis und Einladung

Die AWEPA Sektion Österreich lädt gemeinsam mit FAIRTRADE® Österreich zu einer FAIRTRADE®-Informationsausstellung

Mittwoch, 20. März 2013, 8.30 – 16.00 Uhr / Säulenhalle im Parlament

Die Eröffnung der Ausstellung mit einem fairen Frühstück erfolgt um 8.30 Uhr durch Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, den II. Nationalratspräsidenten Fritz Neugebauer und Klubobfrau Eva Glawischnig-Piesczek, sowie durch den Vorstandsvorsitzenden des Vereins Fairtrade® Österreich, Helmut Schüller.

Informieren Sie sich im Rahmen der Ausstellung über die Qualität von fair gehandelten Produkten sowie über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ProduzentInnen aus den Ländern des Südens und nutzen Sie die Möglichkeit, FAIRTRADE®-Produkte zu verkosten und zu erwerben.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!



[www.nordsued-dialog.org](http://www.nordsued-dialog.org)

Besuchen Sie unsere Website!

Dort finden Sie detaillierte Informationen zum Projekt und zu den hier behandelten Themen.



Gefördert durch **Österreichische Entwicklungszusammenarbeit**



Gemeinnützige Entwicklungszusammenarbeit GmbH (GEZA)  
Hollergasse 2-6 | 1150 Wien | Österreich | HG Wien: FN 294642 y  
DVR-Nr. 3006115 | Tel: +43 (0) 1 89 145-343  
office@nordsued-dialog.org | www.nordsued-dialog.org  
Bankverbindung: Erste Bank | Konto 288-153-485/00 | BLZ 20 111

Redaktion: Ingrid Pranger, Jutta Kepplinger  
Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | [www.kest.net](http://www.kest.net)  
Druck: Direkta Druck, Linz | [www.direkta.at](http://www.direkta.at)

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Redakteurinnen und Autorinnen wieder und stellen somit nicht die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit dar. Dieser Newsletter wird in der Publikationszeit (August 2010 bis Juli 2013) insgesamt 12 Mal herausgegeben.

